

Ungebrochen solidarisch – Rede zum 1. Mai 2023, DGB Braunschweig (Nicole Mayer-Ahuja)

„Ungebrochen solidarisch!“, so heißt das Motto heute. Und wann, wenn nicht am Tag der Arbeit, sollte diese alte Forderung der Gewerkschaftsbewegung zum Thema werden: Es lebe die Solidarität! Doch was ist das eigentlich?

In den letzten Jahren wurde ständig an unsere Solidarität appelliert: „Wir alle“ sollten zusammenhalten in der Pandemie – wir sollten klatschen für die Kassiererin und den Paketboten. „Wir alle“ sollten Opfer bringen, um gut durch die schwere Zeit zu kommen: „Die Politik“ und „die Gesellschaft“. Unternehmen und Beschäftigte. Alte und Junge. Die gutbezahlte IT-Spezialistin, die mit vollem Gehalt ins Homeoffice wechselte, genauso wie die Kollegin im Reinigungsdienst, die ihren Minijob von heute auf morgen verlor und dann ohne Arbeitslosenversicherung dastand. Das „große Wir“, der gesellschaftliche Zusammenhalt wurde beschworen. Aber ist das tatsächlich die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung?

Wenn Arbeitende und ihre Gewerkschaften von Solidarität sprechen – dann heißt das doch: füreinander eintreten, auf Augenhöhe. Überzeugt sein, dass man die gleichen Interessen hat – und deshalb zusammenhalten muss. Sich füreinander einsetzen muss, auch wenn es vielleicht nicht in meinem ganz kurzfristigen Interesse ist, Dir gerade jetzt zu helfen – weil wir im Grunde auf derselben Seite stehen.

Solidarität – das heißt gerade auch: Solidarisch sein, zusammenhalten gegen diejenigen, die andere Interessen haben. Gewerkschaftliche Solidarität muss Arbeitende zusammenbringen, damit sie ihre gemeinsamen Interessen gegen Unternehmen verteidigen können, oder auch gegen eine staatliche Politik, die das Arbeiten und Leben für uns schwerer macht.

Solidarität – das ist nicht allgemeine Menschenfreundlichkeit! Dabei geht es um Konflikte, um Interessen, um Machtverhältnisse, um das ungeheuer zähe, aufwändige Ringen um gute, um menschenwürdige Arbeit – denn die ist uns nie geschenkt worden von denen da oben, sie musste und sie muss erkämpft werden.

Und Solidarität ist praktisch – Solidarisierung entsteht nur, wenn man sie lebt, wenn man sie spürt – wenn man zum Beispiel am 1. Mai, aber gerade auch im Arbeitsalltag, im Betrieb die

Erfahrung macht, nicht allein zu sein – verbunden zu sein mit Kolleginnen und Kollegen, auf die man sich verlassen kann, auch wenn man Gegenwind bekommt. Und Gegenwind bekommen wir doch dauernd, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ungebrochen solidarisch! Ja, das sollten wir sein. Aber stimmt es, dass Solidarität zwischen uns Beschäftigten ungebrochen gilt? Ich würde sagen: leider nein! Und das ist kein Wunder. Wir leben in einem System, das auf Unterschiedlichkeit und Konkurrenz beruht – Unternehmen kämpfen um Märkte und Kunden, Standorte werden gegeneinander in Stellung gebracht, Menschen konkurrieren um Jobs und Lebenschancen, Kolleginnen und Kollegen im Betrieb versuchen sich gegen andere zu profilieren, wenn es um das attraktive Projekt, die nächste Beförderung geht.

Die Logik dieses Systems ist gerade nicht Solidarität – die Logik lautet: Hauen und Stechen, Kampf aller gegen alle, der Stärkere gewinnt. Solidarität ist das genaue Gegenteil – und deshalb ist sie so schwer zu verwirklichen! Es kostet Mühe, solidarisch zu sein – es erfordert einen hartnäckigen Kampf um die Köpfe, und es klappt meistens nur für kurze Zeit. Seien wir ehrlich: Solidarität wird immer wieder gebrochen.

Aber manchmal gelingt es, dass Arbeitende zusammenkommen, über die Grenzen des Betriebs oder der Branche hinweg –trotz aller Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen denen, die hier geboren oder zugewandert sind, zwischen Festangestellten und befristet oder in Leiharbeit Beschäftigten. Wenn sie gemeinsam für gemeinsame Interessen eintreten – dann wird Solidarität erlebbar. Dann verfangen die Teile- und herrsche Strategien, die viele Unternehmen ja bewusst einsetzen, nicht mehr. Dann bekommt man ein Gefühl dafür, wie die Arbeitswelt auch aussehen könnte: mit weniger Druck und Gegeneinander, mit mehr kollegialer Unterstützung, mit mehr Anerkennung, mehr Würde, mehr Demokratie in der Arbeit. Kurz: menschlicher.

Wenn wir auf die letzten Monate und Jahre zurückblicken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sehen wir Beispiele für beides: Für die ungeheuren Spaltungstendenzen, durch die Beschäftigte gegeneinander in Stellung gebracht werden – und für erfolgreiche

gewerkschaftliche Politik, die trotz alledem Solidarisierung möglich und erfahrbar macht.

Drei Beispiele.

Denken wir zum Beispiel an die Pflege. Von Seiten der Politik über Systemrelevanz und Heldinnen des Alltags zu reden – das ist keine Solidarität. Das ist Zynismus, wenn man gleichzeitig weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen in Krankenhäusern arbeiten bis zum Umfallen, mit viel zu wenig Personal – und warum? Weil Krankenhäuser kein attraktiver Arbeitsplatz mehr sind, seit viele Häuser privatisiert wurden und seit Profite auch in öffentlichen Krankenhäusern wichtiger genommen werden als eine angemessene Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Dazu kommt, dass man hier die Spaltung der Belegschaften besonders gut sehen kann. In vielen großen Unternehmen, aber eben auch und gerade in Krankenhäusern wurde ausgelagert, was das Zeug hält: Die Kantine, der Reinigungsdienst, die Wäscherei, der Bettentransport, die Sicherheitsdienste – all das wird vergeben an Tochterfirmen oder gleich an Subunternehmen, die weniger Lohn zahlen, schlechtere Verträge bieten und nicht mehr von den Personalräten der Klinik mit vertreten werden – formal gehören sie ja nicht mehr zur Belegschaft.

Unter diesen Bedingungen steigt der Druck auf alle. Extrem unwahrscheinlich, dass hier eine solidarische Politik möglich ist. Aber genau das wurde geschafft in vielen Städten! Die Kolleginnen und Kollegen der ausgelagerten Bereiche haben sich organisiert, haben Betriebsräte gegründet und Haustarifverträge erstritten, mit dem Ziel, bald wieder in den Kliniktarifvertrag zu kommen. Die Pflegekräfte haben angefangen zu streiken. Wer hätte das gedacht? Man hat doch immer behauptet, Pflegerinnen streiken nicht, weil sie damit ihre Patientinnen treffen. Aber nun haben die Beschäftigten den Spieß umgedreht. „Mehr von uns ist besser für alle!“ Hinter diesem Slogan aus dem Arbeitskampf an der Berliner Charité steht ja die Erkenntnis, dass es bei den Streiks eben nicht nur um bessere Löhne in der Pflege geht – es geht darum, dass die Personalausstattung besser wird, dass die Belastung der Arbeitenden so weit zurückgeht, dass sie Kranke überhaupt wieder angemessen pflegen können. Aber vor allem sind diese Kämpfe in den Krankenhäusern ein Lehrstück für Solidarisierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn in den letzten Auseinandersetzungen haben Pfleger und Pflegerinnen zusammen mit den Kollegen und Kolleginnen im Reinigungsdienst, in der Küche, in den Kantinen gekämpft, haben ihre Tarifforderungen abgestimmt und sich gegenseitig unterstützt. Warum? Weil sie auch im Arbeitsalltag

aufeinander angewiesen sind, damit so ein Krankenhaus funktioniert. Weil saubere OP-Säle, gesundes Essen oder der Bettentransport zwischen den Stationen Teil des Arbeitsprozesses sind. Auf die Frage: „Wer ist wir?“ haben die Streikenden deshalb die einzig richtige Antwort gegeben: wir, das sind die, die jeden Tag zusammenarbeiten und zusammenhalten müssen, damit der Laden läuft – egal, auf wie viele Unternehmen Ihr uns verteilt! Leider ist in diesen Kämpfen auch immer wieder klar geworden, *gegen* wen man zusammenhalten musste. Gegen Klinikleitungen, die Streikende durch persönliche Ansprache oder einstweilige Verfügungen zu Notdiensten zwingen wollte. Oder – wie in Großbritannien – sogar gegen eine Regierung, die das Streikrecht insgesamt in Frage stellt. Systemrelevanz heißt dann: Ihr seid so wichtig für die Gesellschaft, dass wir Euch grundlegende Rechte absprechen. Das ist ein Skandal – und das erfordert jede Menge solidarische Gegenwehr. Solidarisch wieder im Sinne einer Erweiterung des Wir - denn wenn so ein Damm erst einmal gebrochen ist, wenn das Streikrecht erst einmal in Frage steht, dann kann es alle abhängig Beschäftigten treffen. Das lassen wir nicht mit uns machen!

Schauen wir uns ein zweites Beispiel für erfolgreiche solidarische Gewerkschaftspolitik an, diesmal in der Metall- und Elektroindustrie. Hier ging es um Arbeitszeiten – und damit um ein Thema, bei dem viele sagen würden: da sind die Bedürfnisse von Beschäftigten so verschieden, da ist mit kollektiven Standards, die für alle gelten sollen, nichts zu machen. Manche von Euch erinnern sich vielleicht noch. 1984 haben Gewerkschaften lange gestreikt für die 35-Stunden-Woche. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“, das war die Forderung auf den Plakaten mit der aufgehenden Sonne. Und tatsächlich wurde in manchen Branchen Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich erkämpft – ein Riesenerfolg. Aber die Sache hatte einen Haken: die Unternehmerseite hat Zugeständnisse durchgesetzt, in Form der Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Wenn man sich heute große Unternehmen anschaut, dann findet man dort jede Menge verschiedene Arbeitszeitarrangements: Schichtarbeit, Gleitzeit, Arbeitszeitkonten, Vertrauensarbeitszeit – und das unterscheidet sich zwischen den Abteilungen, den Teams, den Produktions- und Verwaltungsbereichen. Es stimmt, dass das ungeheuer schwer zu kontrollieren ist von Betriebs- und Personalräten. Es stimmt allerdings nicht, dass flexible Arbeitszeitgestaltung in erster Linie eine Antwort auf die vielfältigen Bedürfnisse von Beschäftigten wäre. Wenn es hart auf hart kommt, wird gearbeitet, wenn das Unternehmen Arbeitskraft braucht – egal, ob Beschäftigte dann etwas Anderes

vorhaben. Dazu kommt, dass viele Unternehmen inzwischen zu neuen Steuerungsformen übergegangen sind: Sie überlassen es Beschäftigten, wann und teilweise auch wo sie arbeiten, solange zu einem bestimmten Termin das Ergebnis vorliegt. Das Problem: auf die Rahmenbedingungen – also auf die Inhalte, die Personalausstattung, die Deadline – haben Beschäftigte keinen Einfluss. Deshalb fangen sie an, sich gegenseitig unter Druck zu setzen: die Deadline muss eingehalten werden, irgendwie – da kannst Du, Kollege, nicht langsam arbeiten, Du kannst nicht krank sein, Kollegin, und Du Dich nicht um die Kinder kümmern. Vorgesetzte müssen gar keinen Druck machen – das macht man gegenseitig im Team. Oje, möchte man sagen – wie soll denn unter solchen Bedingungen solidarische Politik aussehen? Die IG Metall hat 2018 eine ziemlich gute Antwort darauf gefunden: Die Wahl zwischen mehr freier Zeit und mehr Geld, für Beschäftigte mit Verantwortung für Kinder oder Pflegebedürftige und in Schichtarbeit. Das war die Tarifforderung, die auf Grundlage einer Mitgliederbefragung aufgestellt worden ist. Warum ist das ein gutes Beispiel für solidarische Politik? Erstens, weil eine ganze Gewerkschaft streikt für besonders belastete Gruppen von Beschäftigten – weil im Grunde alle Beschäftigten wissen, dass man auch selbst schon in dieser Situation war oder dahin kommen kann. Zweitens, weil man damit dieses Totschlagargument widerlegt hat, Tarifverträge, Arbeitsrecht, Betriebsvereinbarungen seien doch viel zu starr und nicht mehr zeitgemäß, weil die Bedürfnisse der Menschen doch zu verschieden seien für übergreifende Regelungen. Und dann kommt die IG Metall (und übrigens auch die EVG und die IG BCE) und erkämpfen Tarifverträge, in denen *Wahlmöglichkeiten* festgeschrieben werden. Man kann wählen – aber auf Grundlage von tariflich garantierten Rechten. Man kann flexibel arbeiten, weil man selber das will – man muss das nicht individuell mit Vorgesetzten vereinbaren, man muss sich nicht mit Ellenbogen gegen die Kollegen und Kolleginnen durchsetzen. Nein: man erkämpft gemeinsam Rechtsansprüche, die für alle gelten, die in einer besonders schwierigen Situation sind. Das nenne ich Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und auch durch die Auseinandersetzung selbst wird Solidarisierung unmittelbar erfahrbar: 2018 haben im ganzen Land 24-Stunden-Streiks stattgefunden, Beschäftigte haben dabei die Erfahrung gemacht, dass sie zusammen etwas erreichen können, was ihnen wirklich wichtig ist – das hatte die Mitgliederbefragung gezeigt – und was die Unternehmen partout nicht wollten. Und weil man in diesen Auseinandersetzungen schon mal dabei war, darüber zu diskutieren, was Schichtarbeiter*innen und erwerbstätige Eltern verbindet – nämlich dass ihre Arbeitszeiten

nicht zu ihrem Leben passen – ist man vielerorts einen Schritt weiter gegangen. In manchen Streikzelten haben sich Sprechchöre gebildet: „Festanstellung“ hat man dort gerufen, und dabei ging es um die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen, die ja in Metallbetrieben oft einen besonders großen Teil der Belegschaft ausmachen. Darum geht es bei solidarischer Politik – um das Wir, das man unternehmerischen Versuchen des Teile und Herrsche entgegensetzt. Um Gemeinsamkeit und Verbundenheit zwischen Arbeitenden, über die Grenzen der konkreten Tätigkeit, des Vertragsverhältnisses, der Familiensituation hinweg.

Und ein letztes Beispiel, das Mut macht: In den vergangenen Wochen wurde die Republik durch eine Streikwelle erschüttert, die man Deutschland eigentlich nicht zugetraut hätte, und die noch lange nicht zu Ende ist. Der Hintergrund ist alles Andere als rosig: Viele Beschäftigte stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, weil steigende Energiepreise, explodierende Mietkosten und Inflation dafür sorgen, dass von Lohn oder Gehalt immer weniger übrig bleibt. Viele Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab (man denke etwa an Galeria Karstadt), in anderen steigt der Arbeitsdruck, weil Leute fehlen und die Beschäftigten immer mehr arbeiten müssen. Auch in der Vergangenheit gab es solche zugespitzten Situationen, die sehr viele Arbeitende betroffen haben, über Betriebe und Branchen hinweg. Aber normalerweise haben Gewerkschaften trotzdem versucht, Lösungen für einzelne Beschäftigtengruppen zu finden; sie haben sich kaum koordiniert. Was wir dieses Frühjahr gesehen haben, war etwas Anderes: Die Gewerkschaft ver.di hat Beschäftigte von Entsorgungsbetrieben, von Sozial- und Erziehungsdiensten, von Flughäfen oder von öffentlichen Verkehrsbetrieben gleichzeitig zum Streik aufgerufen. Die Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft hat ebenfalls die Arbeit niedergelegt, so dass kein Zug, kein Bus, kein Flugzeug mehr zu haben war. Das war eine sehr überzeugende Machtdemonstration – und allein schon deshalb ein großer Erfolg. Aber es war auch ein wunderbares Beispiel dafür, wie solidarische Politik aussehen kann. Warum das? Zum einen, weil Beschäftigte in diesen Arbeitskämpfen erleben konnten, wie eng ihre eigene Arbeits- und Lebenssituation mit den Zuständen in anderen, benachbarten Bereichen zusammenhängt, mit denen man im Alltag kaum etwas zu tun hat. Zum zweiten, weil man durch diese koordinierten Streiks tatsächlich sehen konnte, wie groß die eigene Macht ist – wenn man gemeinsam mit anderen für gemeinsame Interessen eintritt. Das ist ungeheuer motivierend und macht Mut für die nächsten Auseinandersetzungen. Zum dritten, und das ist ungeheuer wichtig, ging es in diesen Streiks darum, die öffentlichen Dienste ins

Rampenlicht zu stellen – also einen Bereich, der jahrzehntelang vor allem für zu hohe Kosten, zu viel Bürokratie geißelt worden war, der privatisiert und so konsequent auf Wirtschaftlichkeit getrimmt wurde, dass prekäre Arbeit dort noch stärker boomte als in der Privatwirtschaft. Und dieser öffentliche Dienst stellt sich nun auf die Hinterbeine. Wie kann das sein? Ich glaube, da spielen Lehren aus der Pandemie eine Rolle – die Erkenntnis, dass man eine funktionierende, gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge unbedingt braucht und dass sie keine Ware ist. Und wir können noch weiter gehen: Öffentliche Dienste sind Sozialeigentum, sie werden geschaffen durch Beiträge von Arbeitenden, die Steuern und Sozialabgaben zahlen und sind ein kollektives Vermögen, auf das man einen Rechtsanspruch hat. Wenn diese Dienstleistungen in Frage gestellt sind – durch Spardiktate usw. – dann ist das eine Enteignung von Sozialkapital. Deshalb brauchen wir solidarische Gegenwehr: von den Beschäftigten, die dort arbeiten – über Bereichsgrenzen und Gewerkschaftsgrenzen hinweg. Aber auch von denen, die auf diese öffentlichen Dienstleistungen angewiesen sind, weil sie eben als Lohnabhängige kein ausreichendes Privatvermögen haben, um daraus Gesundheit, Transport, Sicherheit oder die Sauberkeit der Städte finanzieren zu können. Gut, dass es gelungen ist, dieses Wir auf die Straßen zu bringen!

Und das muss weitergehen. Denn der Druck wächst. Seien wir ehrlich: In der Pandemie war andauernd von Aufwertung die Rede, wenn es um sogenannte systemrelevante Tätigkeiten ging. Und jetzt? Statt über Aufwertung reden wir über Aufrüstung. 100 Mrd. Sondervermögen für das Militär – und demnächst wieder die Schuldenbremse für Arbeit, Soziales, öffentliche Dienste. Das heißt, dass die Verteilungskämpfe sich massiv verschärfen werden. Darauf müssen wir vorbereitet sein, dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Das gilt umso mehr, als auch Krieg und Frieden sehr eng mit Fragen der Solidarität zwischen Arbeitenden verbunden ist. Wir kleine Leute sind es, die an den Fronten gegeneinander in Stellung gebracht werden. Wir sind es, die aus unserer Heimat fliehen müssen, wenn Kriege, die im Interesse anderer geführt werden, dort die Lebensgrundlagen vernichten. Deshalb: Die Waffen nieder! Geld für gutes Leben, für gute Arbeit und für Frieden, nicht für Waffen, Existenzzerstörung und Tod. Hoch die internationale Solidarität! Und aus gegebenem Anlass: Keinen Fußbreit den Faschisten!